



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 02.05.2017

Öffentlich

4.2	Sondermittel Mai 2017 Gemeinsamer Antrag von SPD- und GRÜNE- Fraktion Drucksache: 20-4298	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss möge beschließen:

Den folgenden Antragstellenden werden bezirkliche Mittel in der jeweils genannten Höhe zur Verfügung gestellt.

1115	Feuerwehrverein Groß Borstel e.V.	Transportfahrzeug für Jugendfahrten	14.000,00 €
1116	Feuerwehrverein Groß Borstel e.V.	Zelt für Jugendfeuerwehr-Ausfahrten	1.635,00 €
1117	Interessengemeinschaft Hohenfelde	Straßenfest DAS LUDWIG am 9.9.2017	2.000,00 €
1118	Stadtpark Verein Hamburg e.V.	Nachforderung Gasversorgung Sierichsches Forsthaus 2009-2014	7.526,49 €

Für die SPD-Fraktion

Thomas Domres
Ralf-Georg Gronau

Für die GRÜNE Fraktion

Michael Werner-Boelz

Abstimmungsergebnis:

Nr. 1115:

Mehrheitlich beschlossen

Für-Stimmen : SPD, CDU, GRÜNE
Gegenstimmen : DIE LINKE
Stimmenthaltungen :

Nummern 1116 und 1117:

Einstimmig beschlossen

Nummer 1118:

Einstimmig beschlossen mit der Maßgabe, dass zuerst die Verjährungsfristen für die Forderungen geprüft werden.

Für-Stimmen	:	SPD, CDU, GRÜNE, 1 x DIE LINKE
Gegenstimmen	:	
Stimmenthaltungen	:	1 x DIE LINKE



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 02.05.2017

Öffentlich

5.1	Welcome Lounge weiterführen, Finanzierung aus Mittel des Flüchtlingsforums und Quartiersbeirat Klein Borstel aus dem Quartiersfonds vorfinanzieren Drucksache: 20-4153	ungeändert beschlossen
------------	---	------------------------

Sachverhalt:

Im Bezirk Hamburg-Nord gibt zur Unterkunft Große Horst gemäß Bürgervertrag inzwischen einen Beirat, der Ende März das dritte Mal tagen wird. Um die Beiratsarbeit zu unterstützen ist diesem zugesagt worden, dass er einen Verfügungsfonds analog der schon bestehenden Beiräte erhält, zudem fallen für das Bezirksamt Kosten für Miete und andere Ausgaben für die Durchführung des Beirates an.

Weiter hat sich die Welcome Lounge in den Räumen im Wiesendamm 30 etabliert. Die Sprinkenhof GmbH (Vermieter) hat jetzt gegenüber der Initiative „welcome to barmbek“ signalisiert, dass sie einen Mietvertrag für die Welcome Lounge für das gesamte Jahr 2017 schließen würde. Die Mietkosten können aus den Mitteln des Flüchtlingsforums, die dem Bezirksamt zur Verfügung stehen, finanziert werden.

Nähere Beschreibungen zum Beirat Klein Borstel (Verfügungsfonds und Auslagen) können den Anlagen entnommen werden. Zur Weiterführung der der Welcome Lounge in den Räumen Wiesendamm 30 befindet sich eine Stellungnahme von „welcome to barmbek“ im Anhang sowie der damit verbundenen Mietkosten, die das Bezirksamt aus den Mitteln des Forums Flüchtlingshilfe (sog. Ehrenamtsfonds) finanzieren kann.

Der Quartiersfonds der Bezirksämter ist unter anderem für Projekte aufgestockt worden, die im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften und -Initiativen entstehen, die sich nun verstärkt dem Thema Integration zuwenden und hier einen wichtigen Beitrag leisten.

Die Mittel aus dem Quartiersfonds für solche Projekte in Höhe von € 428.571,- können bei der Finanzbehörde beantragt werden (s.a. Drs. 21/6976).

Die Finanzbehörde hat aktuell erklärt, dass die dortigen Mittel erst in Anspruch genommen werden können, wenn der inzwischen bereits aufgestockte Quartiersfonds ausgeschöpft ist. Vor diesem Hintergrund schlägt das Bezirksamt vor, die Unterstützung für den Quartiersbeirat Klein Borstel zunächst aus den noch vorhandenen Mitteln des bestehenden Quartiersfonds zu finanzieren und die Miete für die Weiterführung der Welcome Lounge aus den Mitteln des Forums Flüchtlingshilfe.

Petition/Beschluss:

Es wird um Kenntnisnahme und Zustimmung zum beschriebenen Vorgehen gebeten.

Harald Rösler

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Für-Stimmen	: SPD, CDU, GRÜNE
Gegenstimmen	:
Stimmenthaltungen	: DIE LINKE



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 02.05.2017

Öffentlich

5.2	Quartiersfonds 2017 Hier: Anträge auf Mittel für die Ertüchtigung von 2 Spielplätzen in der Nähe von Flüchtlingsunterkünften Drucksache: 20-4263	ungeändert beschlossen
------------	---	------------------------

Sachverhalt:

Das Bezirksamt schlägt vor zwei Spielplätze, die sich in der Nähe von Flüchtlingsunterkünften befinden mit Mitteln des Quartiersfonds zu erneuern und aufzuwerten. Es handelt sich um die Spielplätze Landwehr und Ratsmühlendamm für die gem. Kalkulation des Fachamtes Management des öffentlichen Raums (MR) folgende Kosten anfallen würden:

- | | |
|---|-------------|
| <input type="checkbox"/> Spielplatz Landwehr: | € 90.500,- |
| <input type="checkbox"/> Spielplatz Ratsmühlendamm: | € 55.200,- |
| <input type="checkbox"/> Gesamt | € 145.700,- |

Einzelheiten zur Kalkulation und zu den möglichen Maßnahmen können den beiden Anlagen entnommen werden.

Der Spielplatz Landwehr befindet sich in unmittelbarer Nachbarschaft zur Flüchtlingsunterkunft Freiligrathstraße mit rund 375 Bewohnern. Der Spielplatz Ratsmühlendamm in fußläufiger Entfernung zur Unterkunft Eschenweg mit rund 300 Bewohnern.

Aus dem Umfeld der Unterkünfte hat es mehrmals Beschwerden über Ruhestörungen gegeben. Mit Beginn der warmen Jahreszeit muss davon ausgegangen werden, dass diese Beschwerden wieder zunehmen. Beide Unterkünfte grenzen unmittelbar an die Bestandsbebauung.

Beide Spielplätze können aktuell genutzt werden, haben aber erheblichen Instandsetzungsbedarf und können in ihrer Attraktivität gesteigert werden. Mittel für solche Maßnahmen sind im Haushalt des zuständigen Fachamtes MR nicht vorhanden bzw. nicht eingeplant, sondern erst in ca. 3 Jahren, wenn der entsprechende Erhaltungszyklus abgelaufen ist.

Vor diesen Hintergrund möchte das Bezirksamt die Spielplätze mit Mitteln des Quartiersfonds in Stand setzen und aufwerten. Ziel ist, dass die Plätze stärker als bisher von Bewohnerinnen und Bewohnern der Unterkunft sowie Anwohnerinnen und Anwohnern der umliegenden Quartiere genutzt werden. Auf diese Weise kann einerseits die Belastung für die unmittelbaren Anwohner der Unterkunft reduziert werden. Für die Kinder der Unterkünfte

haben diese Bewegungsmöglichkeiten gleichzeitig eine hohe Bedeutung, da die Wohnverhältnisse in den Unterkünften beengt sind und die Kinder daher dringend Ausgleichsmöglichkeiten benötigen.

Letztlich können die Spielplätze so zu Treffpunkten werden, an denen Begegnungen zwischen den beiden Gruppen stattfinden und so zur besseren Verständigung und Integration beitragen.

Die Maßnahmen entsprechen insbesondere dem Gedanken, einerseits die Situation für die Flüchtlinge in Hamburg zu verbessern und gleichzeitig Angebote für die bestehende Bevölkerung nicht zu vernachlässigen.

Sollten die Maßnahmen bewilligt werden, würde MR wie üblich im Vorfeld einen Beteiligungsprozess zur konkreten Gestaltung durchführen. In diesen beiden Fällen würden hierfür neben den Anwohnerinnen/Anwohnern und Viel-Nutzern (z.B. Kitas) gezielt die Leitung und die Bewohnerinnen/Bewohner der entsprechenden Unterkunft einbezogen werden.

Auch dies wäre bereits eine wichtige Maßnahme im Sinne einer gelingenden Integration, wenn nämlich alle Gruppen gemeinsam „ihren“ Spielplatz planen.

Im Quartiersfonds-Anteil, der dem Bezirksamt bereits zugeteilt wurde, befinden sich noch € 81.700,- zur freien Verfügung.

Die für die Maßnahmen fehlenden Mittel können bei der Finanzbehörde beantragt werden. Dort stehen noch € 428.571,- für Maßnahmen im Umfeld von Unterkünften und zur Förderung der Integration auf Antrag zu Verfügung. Um solche Maßnahmen handelt es sich hier.

Bei einem positiven Votum der Bezirksversammlung wird das Bezirksamt entsprechende Anträge bei der Finanzbehörde stellen.

Petitum/Beschluss:

Es wird um Kenntnisnahme und Zustimmung zum weiteren Vorgehen gebeten.

Harald Rösler

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 02.05.2017

Öffentlich

7.1	Sichere Querungsmöglichkeit im Eulenkamp prüfen ungeändert beschlossen Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg Drucksache: 20-4220
-----	--

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg hat sich in seiner Sitzung am 10.04.2017 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines Antrages der Gruppe Piraten befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Die zuständigen Stellen werden gebeten zu prüfen, ob die Einrichtung eines Fußgängerüberweges oder einer Querungshilfe im Eulenkamp auf Höhe der Tiroler Straße (vor Eulenkamp 40) möglich ist.“

Begründung:

An der Kreuzung Nordschleswiger Straße / Eulenkamp und Nordschleswiger Straße / Straßburger Straße befinden sich die Ausgänge der U-Bahn Station Straßburger Straße. Diese werden stark von den SchülerInnen der Beruflichen Schule für Medien und Kommunikation im Eulenkamp frequentiert. Diese überqueren vorzugsweise über die Tiroler Straße kommend an der Ecke Tiroler Straße / Eulenkamp den Eulenkamp, um zur Berufsschule und zurück sowie in den Pausen zu einem Kiosk im Eulenkamp 35 zu gelangen. Zudem befindet sich eine Seniorenwohnanlage in unmittelbarer Nähe, dessen BewohnerInnen an dieser Stelle ebenfalls den Eulenkamp überqueren. Dabei kommt es immer wieder zu gefährlichen Situationen mit dem Durchgangsverkehr.

Seit der Fertigstellung des rückwärtigen Teils der Berufsschule im Sommer 2016 hat sich die Anzahl an Unfällen in diesem Bereich mehr als verdoppelt. So gab es allein im vierten Quartal 2016 mehr Unfälle als im gesamten Jahr 2015. Der betroffene Straßenabschnitt ist bereits gepflastert, weshalb die durchschnittliche Geschwindigkeit des Autoverkehrs unter 30 km/h beträgt. Ein Fußgängerüberweg oder eine Querungshilfe würde für die zu Fuß gehenden eine sichere Überquerung gewährleisten und von Autofahrenden mehr Aufmerksamkeit einfordern ohne den Verkehrsfluss nachhaltig zu stören.

Petition/Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung..

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 02.05.2017

Öffentlich

7.2	Entfernung von Taubenkot und Installierung von Absperrelementen Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg Drucksache: 20-4221	ungeändert beschlossen
-----	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg hat sich in seiner Sitzung am 10.04.2017 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines Antrages der CDU-Fraktion befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

1. „Der Regionalausschuss begrüßt das Engagement der Stadtreinigung Hamburg AöR in der stadtweiten Aktion zur Beseitigung von Fahrradleichen im Öffentlichen Raum.
2. Das Bezirksamt, in Kooperation mit anderen zuständigen Stellen der Stadt, erstellt einen Maßnahmenplan zur Beseitigung des Taubenkots vom öffentlichen Gehweg unterhalb der Unterführung der Fuhlsbüttler Straße.
3. Die Vorsitzende setzt sich gegenüber der DB Netz AG ein, dass unterhalb der Brücken sog. Taubenabwehr-spikes aus Hartplastik oder Metall installiert werden und die dortigen Nester entfernt werden.
4. Der Regionalausschuss ist über die Durchführung der Maßnahmen bis Juli 2017 in Kenntnis zu setzen. „

Begründung:

Die Baumaßnahmen an der Fuhlsbüttler Straße sind mit der Grundreinigung der neuen Wegeflächen abgeschlossen worden. Die VBG hat den Neubau am Barmbeker Bahnhof bezogen und das ehemalige Hertiegelände wird nun endlich bebaut. Gleichzeitig zeichnet sich ein Ende der Baumaßnahmen an der Eingangshalle I des Barmbeker Bahnhofs ab. Nur die Unterführung der Fuhlsbüttler Straße und die dortigen Fahrradabstellanlagen gleichen z.T. einer Sammelstelle von Taubenkot und Fahrradleichen.

Petitum/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 02.05.2017

Öffentlich

7.3	Querungshilfe Hofweg in Höhe Fährhausstraße Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg Drucksache: 20-4222	ungeändert beschlossen
------------	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg hat sich in seiner Sitzung am 10.04.2017 mit o.g. Thematik auf der Grundlage eines Antrages der CDU-Fraktion befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

1. „Die Vorsitzende des Regionalausschusses wird beauftragt mit den zuständigen Stellen des Bezirksamts Hamburg-Nord und der Polizei Hamburg Alternativen eines Fußgängerüberwegs zu prüfen und im Rahmen dieser Prüfung eine Verkehrszählung von "Querungswilligen" im Rahmen der Hauptverkehrszeiten vorzunehmen. Das Ergebnis dieser Prüfung ist dem Regionalausschuss bis Ende 2017 vorzulegen.
2. Der Auftrag zur Prüfung gem. Punkt 1 des Petitums ist ebenfalls zu prüfen, ob die besagte Kreuzung einen Unfallschwerpunkt darstellt.“

Begründung:

Aus dem Quartier am Hofwegkanal ist die Bitte gekommen, an der Ecke Hofweg/Fährhausstraße in Höhe des dortigen EDEKA-Marktes eine Ampel zu installieren. Insbesondere für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger gibt es Probleme, die Straße dort sicher zu überqueren.

Unabhängig von der Ausgestaltung einer Querungshilfe (Ampel, sog. Sprunginsel, Zebrastreifen usw.) ist für die Alternativenprüfung eine Verkehrszählung in Hinblick auf die Querungswilligen an dieser Stelle anzusetzen.

Petitum/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 02.05.2017

Öffentlich

7.4	Eingabe einer Bürgerin zum Thema "Fehlender Baumschutz in der Lortzingstraße" vom 24.03.2017 Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg Drucksache: 20-4223	ungeändert beschlossen
------------	--	-------------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg hat sich in seiner Sitzung am 10.04.2017 mit o.g. Thematik auf der Grundlage einer Eingabe befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Das Bezirksamt Hamburg-Nord möge prüfen, inwiefern und mit welchen Maßnahmen die Bäume in der Lortzingstraße geschützt werden können.“

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 02.05.2017

Öffentlich

7.5	Neu-, Um- und Ausbau von Straßen Umsetzung der Planung "Eppendorfer Weg - 1. + 2. Teilabschnitt - Einrichtung einer Tempo-30-Zone" Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Verbraucherschutz Drucksache: 20-4235	ungeändert beschlossen
-----	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Verbraucherschutz hat sich in seiner Sitzung am 11.04.2017 mit o.g. Thematik befasst und mehrheitlich bei Für-Stimmen der Fraktionen SPD, GRÜNE und DIE LINKE und Gegenstimmen der CDU folgendende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Die Maßnahme „Eppendorfer Weg - 1. + 2. Teilabschnitt - Einrichtung einer Tempo-30-Zone“ soll auf das Jahr 2019 verschoben werden.“

Begründung:

Die Maßnahme „Eppendorfer Weg - 1. + 2. Teilabschnitt - Einrichtung einer Tempo-30-Zone“ wurde als Maßnahme für den Neu-, Um- und Ausbau von Straßen durch den Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Verbraucherschutz ausgewählt und durch den Hauptausschuss am 05.05.2015 (Drs. 20-1343) und 05.01.2016 (Drs. 20-2398) beschlossen. Es wurden gemäß einer vorläufigen Kostenschätzungen aus 2011 dafür Haushaltsmittel in Höhe von 160.000 € zur Verfügung gestellt.

Die Planung zur Maßnahme wurde dem Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude vorgestellt und am 19.09.2016 zur Kenntnis genommen. Nun liegt die genauere Kostenberechnung der Ausführungsunterlage-Bau nach § 57 LHO vor. Danach liegt eine Kostenerhöhung von 153.000 € vor. Diese erheblichen Mehrkosten sind im Wesentlichen im Abbau der Lichtsignalanlage, den erforderlichen Änderungen der Beleuchtung, Mehraufwand bei der Sicherstellung der Entwässerung, Einbau taktiler Elemente u.a., begründet.

Zudem ist die Ausführung der Maßnahme u.a. durch eine benachbarte Maßnahme des LSBG (Veloroute 13 Eppendorfer Baum/Hegestraße) so beeinflusst, dass ein Baubeginn erst im Herbst 2017 als realistisch erscheint.

Wenn der Baubeginn so schnell wie möglich, d.h. Herbst 2017, angesetzt werden soll, müssten Mittel in Höhe von 153.000 € für 2018 aus der Rahmenzuweisung „Neu-, Um- und Ausbau von Straßen“ zur Sicherung der Gesamtfinanzierung zur Verfügung gestellt werden.

Alternativ könnte die Maßnahme auch auf das Jahr 2019 verschoben werden. Derzeit erarbeitet das Bezirksamt Hamburg-Nord mit dem LSBG und dem Bezirksamt Eimsbüttel im Zuge des Bündnisses für Radverkehr eine Vereinbarung zur bezirksübergreifender Überplanung des gesamten Eppendorfer Weges (Veloroute 13, s. Drs. 20-3966). Es besteht eine mündliche Zusage des LSBG den Umbau des Eppendorfer Weges zwischen Lehmweg und Löwenstraße über diese Vereinbarung mitzufinanzieren.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

Für-Stimmen	: SPD, GRÜNE, DIE LINKE
Gegenstimmen	: CDU
Stimmenthaltungen	:



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 02.05.2017

Öffentlich

7.7	Lärmbelastung am Alten Güterbahnhof endgültig beseitigen – Granitpflaster entfernen! Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude Drucksache: 20-4272	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude hat sich in seiner Sitzung am 24.04.2017 mit dem o.g. Thema auf Grundlage eines gemeinsamen Antrages der SPD- und Grüne-Fraktion befasst und einstimmig die folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Der Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude spricht sich dafür aus, die „Pflasterkissen“ in der Straße Alter Güterbahnhof auszubauen und durch eine reguläre Asphaltsschicht zu ersetzen. Diese Maßnahme wird auf die im Verkehrsausschuss gepflegte Liste der Tiefbaumaßnahmen gesetzt.“

Begründung:

Auf der Grundlage eines gemeinsamen Antrags von SPD und GRÜNEN hat sich der Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude in seiner Sitzung am 20.02.2017 mit der Lärmbelastung durch die „Pflasterkissen“ am Alten Güterbahnhof beschäftigt. Es wurde beschlossen, das Höchsttempo von 30km/h an dieser Stelle durch die Einrichtung von Schrägparkplätzen und das Aufstellen von Betonklötzen (sog. Legosteine) durchzusetzen. Die Umsetzung dieses Beschlusses ist jedoch aufgrund der Fahrbeziehungen von Feuerwehr und Rettungsfahrzeugen sowie bereits vorhandener Behindertenparkstände nicht möglich. Das Problem des Lärms besteht für die Anwohner daher weiter.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 02.05.2017

Öffentlich

7.8	Flüchtlinge an der Loogestraße Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude Drucksache: 20-4269	ungeändert beschlossen
-----	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude hat sich in seiner Sitzung am 24.04.2017 mit dem o.g. Thema auf Grundlage eines gemeinsamen Antrages der SPD-, Grüne- und DIE LINKE-Fraktion befasst und in alternativer Abstimmung mit den Stimmen von SPD-, Grüne- und DIE LINKE-Fraktion die folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

- „1. Der Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude begrüßt ausdrücklich die Entscheidung für den Standort Loogestraße und fordert die Bezirksversammlung Hamburg-Nord auf, diese Entscheidung zu unterstützen.
2. Für die Betreuung des Standortes wird ein Runder Tisch aus AnwohnerInnen, Initiativen und weiteren Akteuren vor Ort, Bezirksamt und dem Betreiber etabliert.
3. Die Bezirksversammlung spricht sich für eine gut durchmischte Belegung der Unterkunft aus.
4. Nach Wegfall der Nutzung für Geflüchtete wird die Anlage zurückgebaut, die Baugenehmigung erhält die Zweckbindung „Unterkunft für Flüchtlinge“.

Begründung:

Seit Dezember 2016 wird in Eppendorf öffentlich über zwei Standorte für die Unterbringung Geflüchteter diskutiert: Seelemannpark und Loogestraße.

SPD, GRÜNE und DIE LINKE befürworteten die beiden Standorte gemeinsam im Verbund, die CDU sprach sich gegen den Standort Seelemannpark und für eine Unterbringung an der Loogestraße aus!

In der Sitzung des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude vom 20.2.2017 hat der Zentrale Flüchtlingskoodinator, Anselm Sprandel, mitgeteilt, dass aufgrund seiner besseren Eignung hinsichtlich potenzieller Nutzungsdauer, Denkmalschutzaspekten und nach durchgeführten Lärmgutachten der Standort Seelemannpark vorerst zurückgestellt und der Standort Loogestraße realisiert werden soll. An diesem Standort sollen, nachdem die Notunterbringung der Kita dort beendet sein wird, ca. 100 Flüchtlinge, die aktuell noch in Erstaufnahmeanrichtungen ausharren müssen, in einer Folgeunterkunft untergebracht werden. Es soll für diesen Standort ein entsprechender Bauantrag beim Bezirksamt gestellt

werden.

Damit ist klar, dass es nun endlich auch in Eppendorf eine öffentliche Unterbringung für Geflüchtete geben wird. Die Initiativen „Wir sind Eppendorf“ und „Flüchtlinge in Eppendorf“, aber auch der Regionalausschuss in seiner Mehrheit, setzen sich seit langem dafür ein, dass auch in Eppendorf mit seinen hervorragenden Voraussetzungen eine öffentliche Unterbringung für Geflüchtete entsteht. Sie alle und viele Bürgerinnen und Bürger Eppendorfs, die das mit ihrer Unterschrift dokumentiert haben, begrüßen deshalb diese überfällige Standortentscheidung.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

Für-Stimmen	: SPD, GRÜNE, DIE LINKE
Gegenstimmen	: CDU
Stimmenthaltungen	:



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 02.05.2017

Öffentlich

7.9	Historischen Parkplatzkompromiss von Zürich nutzen – Orte des städtischen Lebens schaffen! Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude Drucksache: 20-4270	ungeändert beschlossen
-----	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude hat sich in seiner Sitzung am 24.04.2017 mit dem o.g. Thema auf Grundlage eines gemeinsamen Antrages der SPD- und Grüne-Fraktion befasst und (Punkt 1) bei Gegenstimmen der CDU-Fraktion bzw. (Punkt 2) bei Gegenstimmen der CDU- und DIE LINKE-Fraktion jeweils mehrheitlich die folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

- „1. Der Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude gibt das politische Ziel aus, Orte des städtischen Lebens zu schaffen und fördern.“
2. Jeder Vorschlag zum Bau einer Tiefgarage, der einen konkreten, verfügbaren Standort benennt, wird wohlwollend geprüft. Um Leerstände zu vermeiden, soll eine fundierte Prognose der Auslastung vorgelegt werden.“

Begründung:

Der Historische Parkplatzkompromiss von Zürich geht auf eine Volksinitiative zurück, die sich „für attraktive Fussgängerzonen“ einsetzte. Ziel der Initiative war eine Aufwertung der Innenstadt durch die Umwandlung freigestellter Verkehrsflächen „in Fussgänger-, Velo- und Grünflächen“. Der Kompromiss soll dafür sorgen, dass besucher- und kundenorientierte Parkplätze in der Innenstadt erhalten bleiben. Oberirdische Parkplätze werden nach Ersatz durch unterirdische Parkanlagen aufgehoben.

Diese Idee der Umgestaltung des öffentlichen Raumes begrüßt Rot-Grün ausdrücklich, denn auch in den Vierteln unseres Bezirks dominieren parkende Pkw das Straßenbild und schränken das Zu-Fuß-Gehen ein. Wir wollen Räume des Miteinanders schaffen! Fußgängerbereiche sind hierfür ein geeignetes Mittel, da sie - wie auch der Züricher Kompromiss darlegt - insbesondere in Wohngebieten die Wohn- und Freizeitqualität steigern, Raum geben für nachbarschaftliche Kontakte und Orte des städtischen Lebens schaffen.

Nach dem Züricher Kompromiss sollen die Tiefgaragen durch Private finanziert, gebaut und betrieben werden. Dieses Vorgehen soll auch für den Bezirk Nord übernommen werden. Die Überprüfung des gesamten Gebietes Nord auf die Möglichkeit des Baus von Tiefgaragen erfordert jedoch einen beträchtlichen finanziellen und personellen Aufwand, der ohne

konkrete Vorhaben bzw. Interessenten nicht gerechtfertigt ist. Insbesondere hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass kostenpflichtige Stellplätze trotz hohen Parkdrucks oftmals nicht angenommen werden.

Eine Tiefgarage ist ein nicht unbeträchtlicher Eingriff in das Umfeld, der Bau ist nur mit großem finanziellem Aufwand darstellbar. Der Bau eines Tiefgaragenplatzes wird mit ca. € 35.000.- (ohne Grunderwerb) kalkuliert. Dabei dürfen dann auch keine großen Probleme (Baugrund, etc.) auftreten. Das führt zu einer Kostenmiete von mindestens € 250.-. Es kann und darf nicht sein, dass - wie in der Vergangenheit auch schon geschehen - Leerstände / Bauruinen produziert werden.

Für eine seriöse Betrachtung im Ausschuss sollte wenigstens ein konkreter Standortvorschlag benannt werden.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

1.:

Mehrheitlich beschlossen

Für-Stimmen : SPD, GRÜNE, DIE LINKE
Gegenstimmen : CDU
Stimmenthaltungen :

2.:

Mehrheitlich beschlossen

Für-Stimmen : SPD, GRÜNE
Gegenstimmen : CDU, DIE LINKE
Stimmenthaltungen :



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 02.05.2017

Öffentlich

7.10	Eine Lösung für die Haynstraße finden! Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude Drucksache: 20-4271	ungeändert beschlossen
-------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude hat sich in seiner Sitzung am 24.04.2017 mit dem o.g. Thema auf Grundlage eines Antrages der CDU-Fraktion befasst und einstimmig die folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„1. Die zuständige Fachbehörde wird gebeten, zu prüfen, welche Vorteile die Umwandlung der Haynstraße im Bereich zwischen der Lenhartzstraße und der Eppendorfer Landstraße in eine Einbahnstraße a) in Fahrtrichtung Lenhartzstraße oder b) in Fahrtrichtung Eppendorfer Landstraße bringen würde und welche Auswirkungen sich auf den Verkehr ergeben würden.

2. Die zuständige Fachbehörde wird zudem gebeten, zu prüfen, welche Möglichkeiten der Anordnung des ruhenden Verkehrs sich aus der Anordnung einer Einbahnstraßenregelung im o.g. Bereich der Haynstraße ergeben würden. Mögliche von Anwohnern genannte und zu prüfende Varianten wären unterschiedliche Anordnungen von Längs- und Schrägparken in Kombination.

3. Weiterhin wird die zuständige Fachbehörde aufgefordert, zu prüfen, ob bei Einrichtung einer Einbahnstraßenregelung im o.g. Bereich ein Rechtsabbieger aus der Eppendorfer Landstraße in Fahrtrichtung Lehmweg in die Lenhartzstraße notwendig wird. Damit einhergehend wird die Fachbehörde gebeten, zu prüfen, unter welchen Umständen und zu welchen Kosten, der im Taxistand an der o.g. Stelle vorhandene Rechtsabbieger aus der Eppendorfer Landstraße in die Lenhartzstraße (vor der HypoVereinsbank) für den allgemeinen Verkehr freigegeben werden kann.

4. Die zuständige Fachbehörde wird nach Abschluss ihrer Prüfungen gebeten, auf Einladung des Vorsitzenden Mitglieds, ihre Ergebnisse in einer Sitzung des Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude der interessierten Bevölkerung und den Ausschussmitgliedern vorzustellen.

Für Rückfragen der Fachbehörde steht der Antragsteller gerne über die Geschäftsstelle der Bezirksversammlung Hamburg-Nord telefonisch zur Verfügung.“

Begründung:

Im Rahmen der Sitzung des Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude vom 27.03.2017 wurden durch die anwesenden Anwohnerinnen und Anwohner aus der Haynstraße in Eppendorf deutlich gemacht, dass durch die polizeiliche Anordnung des Längsparkens zusätzlich eine große Anzahl an Parkplätzen im Vergleich zum vorherigen beidseitigen Schrägparken entfallen ist.

Viele Anwohner sind daher zu Recht verärgert über diese Anordnung und baten daher die Politik, mögliche Problemlösungen prüfen zu lassen.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 02.05.2017

Öffentlich

7.11	Vorhabenbezogener Bebauungsplan-Entwurf Barmbek-Nord 14 (Drosselstraße) Beschlussempfehlung des Stadtentwicklungsausschusses Drucksache: 20-4037	ungeändert beschlossen
-------------	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Stadtentwicklungsausschuss hat sich in seiner Sitzung am 23.02.2017 mit o.g. Thematik befasst und das Ergebnis der öffentlichen Auslegung zur Kenntnis genommen. Anschließend wurde mehrheitlich (Für-Stimmen: SPD, CDU, GRÜNE; Gegenstimmen: DIE LINKE) folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Der Hauptausschuss stimmt der Feststellung des Bebauungsplan-Entwurfes Barmbek-Nord 14 zu.

Historie

27.03.2014	StekA	Vorstellung Konzeptausschreibung
30.10.2014	StekA	Erläuterung Auslobung Wettbewerb
26.03.2015	StekA	Wettbewerbsergebnis / Zustimmung ÖPD
29.05.2015		Aufstellungsbeschluss N4/15
27.04.2015		Grobabstimmung
28.05.2015	StekA	Öffentliche Plandiskussion
18.05.2016		Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange
18.06.2015	StekA	Auswertung ÖPD, nicht öffentlich
09.07.2015	StekA	Auswertung ÖPD, öffentlich
22.08.2016		Arbeitskreis I
03.11.2016	StekA	Kenntnisnahme der öffentlichen Auslegung
14.11.2016		Änderung Aufstellungsbeschluss (durch Verkleinerung des Geltungsbereichs)
14.11.2016		Auslegungsbeschluss
30.11.2016-06.01.2017		Öffentliche Auslegung

Im Rahmen der öffentlichen Auslegung sind zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwurf Barmbek-Nord 14 keine Stellungnahmen eingegangen. Im Rahmen der Kenntnisnahmeversandung vor öffentlicher Auslegung vom 20. Oktober 2016 an die Behörden und Träger öffentlicher Belange sind fünf Stellungnahmen eingegangen.

Die vorgebrachten Hinweise wurden zur Kenntnis genommen, die vorgebrachten redaktionellen Anregungen/Stellungnahmen wurden bereits in der Auslegefassung berücksichtigt. Die Durchführung eines Arbeitskreises II war demnach nicht erforderlich. Sämtliche Träger öffentlicher Belange und betroffene Dienststellen wurden mit einem Arbeitsvermerk, verschickt am 19.01.2017, über die vorgebrachten Anregungen / Stellungnahmen informiert. Daraufhin erfolgte keine Rückmeldung. Damit ist die behördeninterne Abstimmung und Abwägung des Bebauungsplan-Entwurfs abgeschlossen.

Zu dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan Barmbek-Nord 14 wird vor der Sitzung des Hauptausschusses zur Zustimmung ein Durchführungsvertrag geschlossen.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

Für-Stimmen	: SPD; CDU; GRÜNE
Gegenstimmen	: DIE LINKE
Stimmenthaltungen	:



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 02.05.2017

Öffentlich

7.12	Antrag Quartiersfonds/Projektbezogener Antrag Flüchtlingsbezogene Arbeit Zinnschmelze – Heimat Tanz – Zuhause in Barmbek Beschlussempfehlung des Ausschusses Bildung, Kultur und Sport Drucksache: 20-4277	ungeändert beschlossen
------	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Ausschuss Bildung, Kultur und Sport hat sich in seiner Sitzung am 25.04.2017 auf der Grundlage eines Antrages der SPD- und GRÜNE-Fraktion mit o.g. Thematik befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

„Aus dem gemäß Bürgerschaftsdrucksache 21/6976 auf über 1 Mio. Euro aufgestockten Quartiersfonds werden dem Stadtteilkulturzentrum Zinnschmelze

13.000 Euro

für das Projekt Heimat Tanz - Zuhause in Barmbek zur Verfügung gestellt. Die Mittel sollen aus demjenigen Anteil des Quartiersfonds aufgebracht werden, der für flüchtlingsbezogene Arbeit auf Antrag projektbezogen bereitgestellt wurde.“

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 02.05.2017

Öffentlich

7.13	Projektmittel der Stadtteilkultur Beschlussempfehlung des Ausschusses Bildung, Kultur und Sport Drucksache: 20-4278	ungeändert beschlossen
-------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Ausschuss Bildung, Kultur und Sport hat sich in seiner Sitzung am 25.04.2017 mit Projektmittelansprüchen befasst und folgende Beschlussempfehlungen verabschiedet:

1. Drucksache 20-4240

Antragsteller/in: Stadtteilarchiv Eppendorf

Projekt: „Von Hamburg nach Australien: Der Fotograf Francis Reiss“

Höhe der beschlossenen Förderung: 250,00 €

Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

2. Drucksache 20-4241

Antragsteller/in: Arbeitsgemeinschaft für das Puppenspiel e.V.

Projekt: Puppenbauworkshop

Höhe der beschlossenen Förderung: 3 000,00 €

Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

3. Drucksache 20-4242

Antragsteller/in: Stotterhilfe Hamburg und Flow-Gruppe Hamburg

Projekt: „Stottern für Anfänger“

Höhe der beschlossenen Förderung: 2 708,49 €

Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

4. Drucksache 20-4243

Antragsteller/in: Kirchengemeinde St. Jürgen-Zachäus

Projekt: Zachäus Gartenfest

Höhe der beschlossenen Förderung: 300,00 €

Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt den Beschlussempfehlungen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 02.05.2017

Öffentlich

7.14	Projektmittel des Integrationsfonds Beschlussempfehlung des Ausschusses Bildung, Kultur und Sport Drucksache: 20-4279	ungeändert beschlossen
-------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Ausschuss Bildung, Kultur und Sport hat sich in seiner Sitzung am 25.04.2017 mit Anträgen auf Projektmittel des Integrationsfonds Kultur befasst und folgende Beschlussempfehlungen verabschiedet:

1. Drucksache 20-4231
Antragsteller/in: Zinnschmelze/Bürgerhaus in Barmbek
Projekt: Zinne-Trommeln
Höhe der Förderung: 780,20 €
Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung
Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

2. Drucksache 20-4238
Antragsteller/in: Goldbekhaus e.V.
Projekt: Festival „Zeig deinen Film“
Höhe der Förderung: 5 400,00 €
Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung
Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt den Beschlussempfehlungen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen